\$1790 (T Bohoundling

BESCHLUSS (RESOLUTIONS-) ANTRAG

der Landtagsabgeordneten Mag. Christoph CHORHERR (GRÜNE), Johannes PROCHASKA (ÖVP), DI Rainer PAWKOWICZ (FPÖ), Hanno PÖSCHL (LIF) eingebracht in der Sitzung des Wiener Landtages am 26.6.1997 zu Post 3 der heutigen Tagesordnung

betreffend: Vollbetrieb der Wr. Linien am 1. Mai

BEGRÜNDUNG

8491LA4197

In einer Großstadt wie Wien sollte es selbstverständlich sein, daß eine kommunale Serviceeinrichtung wie die Verkehrsbetriebe an allen 365 Tagen im Jahr ihren Betrieb aufrechterhalten. Die Aussagen der amtsführenden Stadträtin Brigitte Ederer, löste insoferne Befremden aus, als sie sich eindeutig nicht am Mehrheitsbeschluß des Wiener Gemeinderates orientiert hat. Es kann außerdem nicht angehen, daß mehrheitlich unterstützte Anträge der Mitglieder des Wiener Gemeinderates von der SP-Personalvertretung boykottiert werden.

Die Aussage, daß die FSG wörtlich davon spricht, "Mittel und Wege zu finden, den ersten Mai würdevoll zu feiern" und mehrheitliche Beschlüsse des Wiener Gemeinderates als "Querschüsse" bezeichnet, macht nachfogenden Antrag notwendig.

Die gefertigten Landtagsabgeordneten stellen daher gemäß § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung für den Landtag der Stadt Wien folgenden

BESCHLUSSANTRAG:

- 1.) Der Wiener Landtag hält ausdrücklich fest, daß die Stadt bzw das Land Wien betreffende Entscheidungen ausschließlich von den in der Wiener Stadtverfassung dafür vorgesehenen Gremien ausgehen können.
- 2.) Auch der Wiener Landtag spricht sich dafür aus, daß bereits am 1. Mai 1998 ein Vollbetrieb der Wiener Linien sichergestellt werden soll.
- 3.) Der Wiener Landtag appelliert an die Frau amtsführende Stadträtin der Geschäftsgruppe Finanzen, Wirtschaftspolitik und Wiener Stadtwerke, dem Gemeinderat bereits im Herbst 1997 einen Plan vorzulegen, in welcher Form ein allfälliger diesbezüglicher Beschluß des Gemeinderates umgesetzt werden kann.
- 4.) Der Wiener Landtag spricht sich dafür aus, daß bei einer allfälligen Umsetzung dieses Beschlusses die Personalvertreter der Wiener Verkehrsbetriebe in die Vorbereitung der Umsetzung eingebunden werden sollen.

In formeller Hinsicht beantragen wir die sofortige Abstimmung dieses Antrages.

Wien, am 26.6.1997

MALDOC: 26.06.97